AMTSBLATT DER BUNDESSTADT BONN

42. Jahrgang

10. März 2010

Nummer 9

Inhalt	Seite
Inkrafttreten von Bebauungsplänen der Bundesstadt Bonn	115
- Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Dransdorf	
- Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Endenich	
3. Satzung zur Änderung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg vom 14. Januar 2010	116
Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung	116
- Zustellung einer Anhörung (Amt für Soziales und Wohnen)	
Bekanntmachung gemäß § 27 Abs. 3 und Abs. 4 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) vom 15. Februar 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. April 2009 i.V.m. § 26 SchulG und § 8 Abs. 1 der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Schulart von Grundschulen und Hauptschulen (Bestimmungsverfahrensverordnung - BestVerfVO) vom 08. März 1968; zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. November 2008	117
Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung	118
- Zustellung von Bescheiden (Bürgerdienste)	

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung	119
- Zustellung einer Ordnungsverfügung (Bürgerdienste)	
5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Bonn für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Städtisches Gebäudemanagement Bonn vom 22. Februar 2010	120
2. Satzung zur Änderung der Satzung der Bundesstadt Bonn über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen sowie Entscheidungen im Rahmen von Verfahren nach der Insolvenzordnung (InsO) vom 22. Februar 2010	122
Entgelttarif für das Kunstmuseum Bonn	124

BUNDESSTADT BONN Der Oberbürgermeister

Inkrafttreten von Bebauungsplänen der Bundesstadt Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 18.02.2010 folgende Bebauungspläne als Satzung beschlossen:

1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 7323-14 ('Nahversorgungszentrum An der Stadtbahn') für ein Gebiet im

Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Dransdorf,

zwischen Grootestraße, der Stadtbahnhaltestelle Dransdorf am Vorgebirgsbahnweg und dem Fußweg zwischen Stadtbahntrasse und Mörike- und Hölderlinstraße.

2. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7521-10 (Schmittentpfädchen) für ein Gebiet im

Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Enderich,

zwischen der Straße Schmittentpfädchen, Erich-Hoffmann-Straße und rückwärtige Grenze der Hausgrundstücke Euskirchener Straße 4 bis 16.

Die Bebauungspläne können während der Öffnungszeiten im **Kataster- und Vermessungsamt**, Bonn, Stadthaus, Berliner Platz 2, Aufzug 2, Etage 7C eingesehen werden.

Mit dieser Bekanntmachung treten der vorhabenbezogene Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) bzw. die Bebauungsplanänderung in Kraft.

Hinweise

Sind die in den §§ 39 bis 42 Baugesetzbuch (BauGB) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten, kann der Entschädigungsberechtigte Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die zuvor bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
- wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Bundesstadt Bonn geltend gemacht worden sind. Der die Verletzung begründende Sachverhalt ist darzulegen.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Bundesstadt Bonn vorher gerügt und dabei

die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 24.02.2010

Nimptsch
Oberbürgermeister

3. Satzung zur Änderung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg vom 14. Januar 2010

Die Bezirksregierung Köln hat die vorgenannte Änderung der Zweckverbandssatzung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln Nr. 3 vom 25. Januar 2010, S. 65 f. öffentlich bekannt gemacht.

Bonn, den 24. Februar 2010

Prof. Dr. Sander
Stadtkämmerer

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Die Anhörung - Einstellungs- und Rückforderungsbescheid nach dem Grundsicherungsgesetz der Bundesstadt Bonn

Datum: 26.02.2010 Az: 50-033/46-60-19

an Eheleute Frau Nelli Khamer und Herrn Volf Piper-gal,

mit z.Zt. nicht ermittelbarer Auslandsadresse liegt zur Abholung an den Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude Hans-Böckler-Str. 5, 53225 Bonn, Zimmer 221 zur Abholung bereit. Durch die Bekanntmachung dieser Benachrichtigung gilt das genannte Schreiben als zugestellt.

Bonn, den 26.02.2010

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

Härling

Bekanntmachung

gemäß § 27 Abs. 3 und Abs. 4 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (**Schulgesetz NRW – SchulG**) vom 15. Februar 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. April 2009 i.V.m. § 26 SchulG und § 8 Abs. 1 der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Schullart von Grundschulen und Hauptschulen (**Bestimmungsverfahrensverordnung - BestVerfVO**) vom 08. März 1968; zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. November 2008

Beim Schulamt der Stadt Bonn als zuständigem Schulträger haben Eltern von **108** Kindern, die zum Stichtag 10.01.2010 die KGS Buschdorf besucht haben, bis zum 01.02.2010 im Rahmen des sog. Einleitungsverfahrens ordnungsgemäße Anträge gestellt, die Katholische Grundschule Buschdorf in eine Gemeinschaftsgrundschule umzuwandeln (§ 6 i.V.m. § 5 und § 1 Abs. 2 BestVerfVO). Im Einleitungsverfahren müssen mehr als 20 % der Antragsberechtigten sich für eine Umwandlung aussprechen.

Bei einer Gesamtschüler(innen)zahl zum Stichtag 10.01.2010 von **204** entspricht die Anzahl der Kinder, deren Eltern Anträge gestellt haben, **52 %** (. § 7 Abs. 3 Satz 1 BestVerfVO).

Damit liegen die Voraussetzungen gemäß § 8 BestVerfVO zur Durchführung des sog. Abstimmungsverfahrens gemäß § 8 BestVerfVO vor. Die Untere Schulaufsichtsbehörde/ Schulamt für die Stadt Bonn hat dem Abstimmungsverfahren am 24.02.2010 zugestimmt (§ 7 Abs. 3 BestVerfVO).

Berechtigt, über die Umwandlung abzustimmen, sind die Eltern, deren Kinder zum Stichtag 10.01.2010 die KGS Buschdorf besuchen (§ 5 Abs. 2 und Abs. 6 BestVerfVO). Die Eltern haben für jedes Kind eine Stimme (§ 8 Abs. 4, Satz 3 BestVerfVO).

Das geheime Abstimmungsverfahren findet an folgenden Tagen während der unten aufgeführten Zeiträume statt in der

Katholischen Grundschule Buschdorf, Von-den-Driesch-Straße 2 in 53117 Bonn:

- am Montag, den **22. März 2010** von 07.30 Uhr bis 10.00 Uhr
von 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr
- am Dienstag, den **23. März 2010** von 07.30 Uhr bis 10.00 Uhr
von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr
- am Mittwoch, den **24. März 2010** von 07.30 Uhr bis 10.00 Uhr
von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Bitte beachten Sie an den Abstimmungstagen die entsprechenden Aushänge im Schulgebäude bezüglich des Raumes zur Stimmabgabe.

Zum Nachweis der Abstimmungsberechtigung ist ein gültiger Reisepass oder Personalausweis vorzulegen.

Die Eltern haben für jedes Kind eine Stimme. Der Stimmzettel ist in einem verschlossenen Umschlag abzugeben. Die Stimmzettel werden nach Abschluss des dritten Abstimmungstages von mindestens zwei im Dienst der Stadt Bonn stehenden Personen ausgezählt. Die Auszählung ist nicht öffentlich.

Bonn, den 01.03.2010

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

Zelmanski
Leiter des Schulamtes

Öffentliche Zustellung

nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006
(GV NRW. S. 94 / SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Die Bescheide der Stadt Bonn – Amt 33 - 2 –

Datum 10.02.2010	PK-Nr. 7777.6777.9948
Betroffene/r Stefanos Varvarezos, 3 Septemwrioul 11 a, 60100 Katerini, Griechenland	
Datum 22.02.2010	PK-Nr. 7777.8315.3969
Betroffene/r Daniel Ogbeide, Hein-Moeller-Straße 1, 53115 Bonn	
Datum 26.11.2009	PK-Nr. 7777.9965.5764
Betroffene/r Donata Maria Di Taranto, Endenicher Allee 37, WG 3/5, 53121 Bonn	
Datum 22.02.2010	PK-Nr. 7777.6784.7552
Betroffene/r Richard Eischet, Poststraße 77, 4711 Walhorn, Belgien	
Datum 18.02.2010	PK-Nr. 7777.8401.3699
Betroffene/r Eliasz Czory, Bonner Straße 25, 53173 Bonn	
Datum 22.02.2010	PK-Nr. 7777.6790.8551
Betroffene/r Sohail Rashed Alqadi, Fujairah 1112, 00000 ABU DABI, Vereinigte Arabische Emirate	
Datum 20.10.2009	PK-Nr. 7779.3018.0686
Betroffene/r Jan Brückerhoff, erreichbar über City Streife, Amt 33-24, 53103 Bonn	
Datum 16.12.2009	PK-Nr. 7779.3022.1102
Betroffene/r Murat Aydogdu, Bornheimer Straße 17 b, 53111 Bonn	

jetzt unbekanntem Aufenthaltes, liegen zur Abholung durch die Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Stadthaus, Berliner Platz 2, Etage 4 A, Registratur, 53111 Bonn, bereit.
Das vorgenannte Dokument wird durch die öffentliche Bekanntmachung zugestellt; hierdurch werden Rechtsmittelfristen in Gang gesetzt.

Bonn, den **26.02.2010**

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Hoppenkamps

/ 2.99

Öffentliche Zustellung

nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006
(GV NRW. S. 94 / SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Die Ordnungsverfügung der Bundsstadt Bonn – Amt 33 - 52 –

Datum	Aktenzeichen
26.10.2010	33-52-24/10
Betroffene/r	
Frau Ramona Pütz Zuletzt gemeldet für 53119 Bonn, Thuarstr. 36	

jetzt unbekanntes Aufenthaltsort, liegt zur Abholung durch die/den Empfänger/in oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Stadthaus, Berliner Platz 2, Führerscheinstelle, Passage, 53111 Bonn bereit.

Das vorgenannte Dokument wird durch die öffentliche Bekanntmachung zugestellt; hierdurch werden Rechtsmittelfristen in Gang gesetzt.

Bonn, den **26. Februar 2010**

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

Pommeranz

**5. Satzung
zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Bonn
für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Städtisches Gebäudemanagement Bonn**

Vom 22. Februar 2010

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 18. Februar 2010 aufgrund der §§ 7, 107 Abs. 2 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV.NRW.S. 380), in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. November 2004 (GV. NRW. S.644, 671, ber. 2005 S.15, SGV. NRW. 641), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 5. August 2009 (GV. NRW. S. 438/SGV. NRW 641), folgende Satzung beschlossen:

Art. I

Die Betriebssatzung der Stadt Bonn für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Städtisches Gebäudemanagement Bonn vom 16. Dezember 2003 (Amtsblatt der Bundesstadt Bonn S. 823), zuletzt geändert durch Satzung vom 20. Juni 2008 (Amtsblatt der Bundesstadt Bonn S. 191) wird wie folgt geändert:

In § 12 Abs. 1 wird die Zeitangabe „innerhalb von 6 Monaten“ durch „innerhalb von 3 Monaten“ ersetzt.

Art. II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

- - -

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 22. Februar 2010

**Nimptsch
Oberbürgermeister**

2. Satzung
zur Änderung der Satzung der Bundesstadt Bonn über Stundung,
Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen sowie Entscheidungen im
Rahmen von Verfahren nach der Insolvenzordnung (InsO)

Vom 22. Februar 2010

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 18. Februar 2010 aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S.666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV.NRW. S. 950) folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung der Bundesstadt Bonn über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen sowie Entscheidungen im Rahmen von Verfahren nach der Insolvenzordnung (InsO) vom 6. September 1999 (Amtsblatt der Stadt Bonn S. 612), zuletzt geändert durch Satzung vom 29. März 2004 (Amtsblatt der Bundesstadt Bonn S. 96), wird wie folgt geändert:

Die Bezeichnung "Hauptausschuss" wird im gesamten Satzungstext durch die Bezeichnung "zuständiger Fachausschuss" im jeweiligen grammatikalischen Fall ersetzt.

Artikel II

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

- - -

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 22. Februar 2010

**Nimptsch
Oberbürgermeister**

Entgelttarif für das Kunstmuseum Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 18. Februar 2010 aufgrund des § 41 Abs. 1 Buchst. i) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666/SGV. NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950), folgenden Entgelttarif beschlossen:

Tarif	Bemessungsgrundlage	Entgelt	Entgelt im Kartenverbund KAH
1	Sammlung/Graphik/Wechselausstellung		
1.1	Tageskarte	7,00	
	Verbundtageskarte A (Tageskarte KuMu + 8 €-Ticket KAH)		13,00
	Verbundtageskarte B (Tageskarte KuMu + 14 €-Kombiticket KAH)		18,00
	Ermäßigt gem. Ziffer 4.1 (50 %)	3,50	
	Ermäßigte Verbundtageskarte A		7,50
	Ermäßigte Verbundtageskarte B		10,50
1.2	Gruppenkarte (ab 10 Personen), je Teilnehmer/-in	5,60	-
	Ermäßigt gem. Ziffer 4.1 (50 %)	2,80	-
1.3	Familienkarte bis zu 2 Erwachsene mit einem Kind oder mehreren im Alter zwischen 13 und 18 Jahren	14,00	
	Verbundfamilienkarte A		23,80
	Verbundfamilienkarte B		27,80
1.4	12-Monatskarte - nicht übertragbar -	40,00	
	Ermäßigt gem. Ziffer 4.1 (50 %)	20,00	
2	Führungen/Kurse/Workshops		
2.1	Führungen		
2.1.1	Gruppen (Erwachsene, Kinder und Jugendliche) bis max. 30 Teilnehmer/-innen je Gruppe		
	o 60 Min.	50,00	
	o je angefangene weitere 30 Minuten	10,00	
	o Fremdsprachenzuschlag auf Grundtarif	10,00	
	(zuzüglich Eintritt gem. Tarif 1)		

2.1.2	<p>Kinder und Jugendliche in betreuten Gruppen ab 10 Teilnehmer/-innen aus Einrichtungen der privaten und öffentlichen Kinderhilfe, aus Vereinen und Vereinigungen sowie Schüler/-innen im Klassen- oder Kursverband von privaten und öffentlichen Schulen inkl. Begleitpersonen bzw. Lehrkräften, je Teilnehmer/-in</p> <ul style="list-style-type: none"> o 60 Min. 2,50 o je angefangene weitere 30 Minuten 0,50 o Fremdsprachenzuschlag auf Grundtarif 0,50 	
2.2	<p>Mal- und Werkkurse, Workshops</p> <p>Workshops sind Tagesveranstaltungen Die Mindestdauer eines Workshops/einer Kurseinheit beträgt 90 Minuten. Der Gesamtpreis eines Kurses ermittelt sich aus der Anzahl der Kurseinheiten.</p>	
2.2.1	<p>Kurseinheit/Workshop von 90 Minuten (Vollzahler) je Teilnehmer/-in 6,00 je angefangene weitere 30 Minuten 1,00 zuzüglich anfallender Materialkosten</p>	
2.2.2	<p>Kurseinheit/Workshop von 90 Minuten (Ermäßigte) je Teilnehmer/-in 3,00 je angefangene weitere 30 Minuten 0,50 zuzüglich anfallender Materialkosten</p> <p>Hinweis: Begleitpersonen, die nicht gemäß Ziffer 4.3 freien Eintritt haben, zahlen Eintritt gemäß Tarif 1.2</p>	
3	<p>Kindergeburtstage</p> <p>Kinder bis max. 20 Teilnehmer/-innen einschließlich Begleitpersonen Mindestdauer der Veranstaltung 90 Minuten 60,00 je angefangene weitere 30 Minuten 20,00</p>	

4 Ermäßigungen und Rabatte

4.1 Ermäßigte

Jugendliche (bis einschließlich 17 Jahre), Schüler/-innen, Studenten/-innen, Auszubildende, Helfer/-innen im freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr, Schwerbehinderte im Sinne des Schwerbehindertengesetzes, Grundwehrdienst- und Zivildienstleistende, Inhaber/-innen von Bonn-Ausweisen erhalten eine Ermäßigung auf den jeweiligen Tarif in Höhe von 50 %.

4.2 Gruppierungen

Mitgliedern gesellschaftlicher Gruppierungen, die vom Rat zu bestimmen sind, wird auf den Tarif Nr. 1.1 eine Ermäßigung in Höhe von 20 % gewährt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Ermäßigung ist die Vorlage des Mitgliederausweises durch das jeweilige Mitglied.

4.3 Freier Eintritt wird gewährt:

- Kindern bis zu einem Alter von 12 Jahren in Begleitung von Erwachsenen
- Kindern und Jugendlichen in betreuten Gruppen aus Einrichtungen der privaten und öffentlichen Kinderhilfe, aus Vereinen und Vereinigungen sowie Schüler/-innen im Klassen- oder Kursverband von privaten und öffentlichen Schulen inkl. Begleitpersonen bzw. Lehrkräften
- Lehrkräften zur Vorbereitung der Besuche von Kindern und Jugendlichen in betreuten Gruppen nach Rücksprache mit dem Koordinierungsbüro der Abteilung Bildung und Vermittlung des Kunstmuseums
- Begleitpersonen von Schwerbehinderten, die im Ausweis eingetragen sind
- allen Mitgliedern des BBK aus Bonn und Umgebung
- Gegen Legitimation durch Nachweis:
 - Stifter/-innen, Mäzenen/-innen
 - Sponsoren gemäß vertraglicher Festlegung
 - Mitgliedern des Vereins der Freunde des Kunstmuseums Bonn e.V.
 - Inhaber/-innen von Bonn Regio Welcome Cards
 - ICOM Mitgliedern und IAA Mitgliedern
 - Inhaber/-innen von Gutscheinen der Bundesstadt Bonn
 - Inhaber/-innen von VIP-Cards der Kunst- und Ausstellungshalle
 - Inhaber/-innen von Presseausweisen (Journalisten im Rahmen der Berichterstattung)

4.4 Marketing

Unter Marketingaspekten kann bestimmten Zielgruppen und Multiplikatoren (z.B. möglichen Stifter/-innen oder Leihgeber/-innen) im Rahmen befristeter Werbeaktionen eine Tagesfreikarte oder ein ermäßigtes Entgelt auf ein museumspädagogisches Angebot gewährt werden. Die Ermäßigung kann bis zu 75 % des jeweils anzuwendenden Tarifes betragen.

5 Besondere Ausstellungen

Bei besonders herausragenden Ausstellungen (mit Werken von international renommierten Künstlern/-innen und somit von überregionaler Bedeutung) und/oder Ausstellungen mit erheblichem Aufwand (Ausstellungen, für die ein höheres Entgelt zur Gesamtfinanzierung des Projekts notwendig ist) können die Tarif Nr. 1.1 bis 1.3 um das Zweifache erhöht werden. 12-Monatskarten behalten für solche Ausstellungen ohne Zuzahlung ihre Gültigkeit.

6	Verbundkarten Die Intendantin/Der Intendant des Kunstmuseums wird ermächtigt, Veränderungen der Verbundkartenpreise durch die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland (KAH) zu übernehmen, sofern der städtische Anteil am Kartenpreis hiervon nicht betroffen ist.
7	Entscheidungsbefugnis Entscheidungen nach Ziffer 4.4, 5 und 6 trifft die Intendantin/der Intendant des Kunstmuseums. Dem Rat der Bundesstadt Bonn sind jährlich die Veränderungen nach Ziffer 5 und 6 mitzuteilen.
8	Dieser Entgelttarif tritt am 1. April 2010 in Kraft.

Bonn, den 22. Februar 2010

**Nimptsch
Oberbürgermeister**